

STADTSCHULRAT FÜR WIEN
WIEN I, DR. KARL RENNER-RING 1

10/SN-112/ME

000 012/5/88

19. April 1988

Wien,

Tel.-Nr. 93 46 16

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Schülerbeihilfengesetz 1983
geändert wird;
Stellungnahme

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	25. GE. 0. PP
Datum:	26. APR. 1988
Verteilt	27. APR. 1988

Kalt

An das
PRÄSIDIUM DES NATIONALRATES

Parlament
1010 W i e n

Dr. Bomy

Der Stadtschulrat für Wien übermittelt in der Beilage 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Stadtschulrates für Wien zum Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Schülerbeihilfengesetz 1983 geändert wird.

Für den Amtsführenden Präsidenten:

Politzer
(Dr. Politzer)
Senatsrat

Beilage
25 Stellungnahmen

STADTSCHULRAT FÜR WIEN

WIEN I, DR. KARL RENNER-RING 1

18. 4. 1988

Wien,

Tel.-Nr. 93 46 16

000 012/5/88
Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Schülerbeihilfen-
gesetz 1983 geändert wird;
Stellungnahme
BMUKS Zl. 12.691/1-III/2/88
v. 9. 3. 1988

An das
Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Sport

Minoritenplatz 5
1014 W i e n

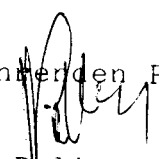
Der Stadtschulrat für Wien hat mit Beschluß des Kollegiums vom 15. April 1988 zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schülerbeihilfengesetz 1983 geändert wird, wie folgt, Stellung genommen:

Gegen den vorliegenden Entwurf einer Änderung des Schülerbeihilfengesetzes 1983 wird kein Einwand erhoben.

Zusätzlich wird vorgeschlagen, die Bestimmungen des § 9 Abs. 3 bzw. § 11 Abs. 4 Schülerbeihilfengesetz 1983 dahin zu ändern, daß ein Anspruch nur dann nicht besteht, wenn die Beihilfe S 100,-- jährlich unterschreitet (bisher S 1.000,-- jährlich).

Außerdem wird angeregt, den bisher im § 12 Abs. 3 des Gesetzes vorgesehenen Erhöhungsbetrag von S 11.300,-- für behinderte Kinder auch um 5 % zu erhöhen und nicht auf S 10.000,-- zu senken.

Für den Amtsführenden Präsidenten:


Dr. Politzer
Senatsrat